



Bundesamt für Justiz

per Email: zz@bj.admin.ch n

Vernehmlassung zur Anpassung des Auftragsrechts (Art. 404 OR) an die Erfordernisse des 21. Jahrhunderts

Sehr geehrte Frau Bundesrätin
Sehr geehrte Damen und Herren

Wir bedanken uns für die Möglichkeit zur Stellungnahme, die wir gerne wie folgt wahrnehmen:

Die SP unterstützt die geplante Gesetzesänderung im Grundsatz. Sie teilt die Einschätzung des Bundesrates, dass es insbesondere im Bereich der Absicherung grossvolumiger Dienstleistungsverträge im kommerziellen Bereich Handlungsbedarf gibt. Sie hatte entsprechend auch gegen den der jetzigen Vorlage zugrundeliegenden Vorstoss nicht opponiert.

Gleichzeitig muss festgestellt werden, dass die Erläuterungen zu der vorgeschlagenen Gesetzesänderung etwas schmalbrüstig ausgefallen sind und keinen wirklichen Überblick über die mit der Änderung verbundenen Konsequenzen geben. So erstaunt es, dass im ganzen Bericht die eventuelle Verschärfung der Problematik der Scheinselbständigkeit aufgrund der wahrscheinlich wegen der geplanten Änderung zunehmenden Schwierigkeiten bei der Abgrenzung des Auftrags vom Arbeitsvertrag, nicht thematisiert wird. In diesem Punkt erscheint die Vorlage unausgereift und die SP schliesst sich der entsprechenden Kritik des SGB insofern an, als sie hierzu vertiefte Ausführungen in der Botschaft erwartet und die Einsetzung einer Expertengruppe zu diesem Aspekt begrüssen würde. Sollte dies nicht erfolgen, kann nicht ausgeschlossen werden, dass die SP anlässlich der parlamentarischen Beratung ein Nachholen dieser Tätigkeiten mit einem Rückweiserungsantrag einfordern würde.

Auch noch nicht wirklich zufrieden ist die SP mit den Vorschlägen im Bereich der Konsumentenrechte. Es ist zu begrüssen, dass eine Wegbedingung der jederzeitigen Beendigungsmöglichkeit nicht in AGB oder Formularverträgen vereinbart werden können soll. Gleichzeitig ist nicht ersichtlich, warum nicht gleich der ganze Bereich von „Konsumentenverträgen“ vom Anwendungsbereich der Änderung ausgenommen wurde resp. warum sich dieser nicht nur auf Vertragsbeziehungen unter Geschäftsleuten erstrecken sollte. Auch hier fordert die SP vom Bundesrat eine vertiefte Prüfung bei der Erarbeitung der Botschaft (unter Einbezug der Konsumentenorganisationen) und anschliessend entweder eine einlässliche und stringente Begründung, warum diese Vertragsverhältnisse, bei denen private Konsumentinnen und Konsumenten AuftraggeberInnen sind, nicht ganz von der geplanten Änderung ausgenommen werden sollen oder sonst eine entsprechend angepasste Formulierung des Gesetzesentwurfs.

Wir bitten Sie, unsere Anliegen bei der Überarbeitung der Vorlage zu berücksichtigen.

Mit freundlichen Grüßen

SOZIALDEMOKRATISCHE PARTEI DER SCHWEIZ

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Christian Levrat', written in a cursive style.

Christian Levrat
Präsident

A handwritten signature in black ink, appearing to read 'Carsten Schmidt', written in a cursive style.

Carsten Schmidt
Politischer Fachsekretär